

Antrag zur UV-Sitzung am 15.10.2021

Antragsteller: AktionsGemeinschaft Uni Wien

Verhältnismäßigkeit der Covid 19 Maßnahmen an der Universität Wien

Vor etwa einer Woche wurde vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung bekanntgegeben, dass in Österreich rund 80% aller Studierenden geimpft sind. (Quelle: https://www.derstandard.at/story/2000130094990/80-prozent-der-studierenden-sind-geimpft-deutlich-mehr-als-in)

Dies ist eine Impfquote, welche deutlich über dem Bevölkerungsschnitt liegt (ca. 65 %, Stand 10.10.2021 -> Quelle: https://info.gesundheitsministerium.at).

In europäischen Ländern, die ähnlich hohe Impfquoten, wie die Studierenden an österreichischen Universitäten vorweisen wurden die Maßnahmen schon enorm zurückgefahren.

An der Universität Wien herrschen dennoch sehr restriktive Maßnahmen: An den Eingängen wird der 2,5 G Nachweis kontrolliert (Geimpft, Genesen, PCR-getestet), außerdem ist praktisch überall eine FFP2 Maske zu tragen, auch in Bibliotheken oder in Hörsälen. Zudem muss auch ein Sicherheitsabstand zu anderen Personen eingehalten werden.

Besonders das durchgehende Tragen einer FFP2 Maske in Hörsälen oder in der Bibliothek empfinden viele von uns als einschränkend und unangenehm.

Es ist in unser aller Interesse, dass wir das Corona Virus so gut wie möglich eindämmen, allerdings fehlt uns Studierenden das Verständnis dafür, dass einerseits in der Gastronomie eine 2,5G Regel völlig ausreichend ist (in den meisten Bundesländern gilt dies sogar für die Nachtgastronomie!), und auf der anderen Seite in Bildungsinstitutionen wie der Universität derart strikte Maßnahmen herrschen.

Beschlusstext:

Die ÖH Uni Wien möge daher folgendes beschließen:

- Die ÖH Uni Wien setzt sich gegenüber dem Rektorat der Universität Wien für den Umständen entsprechende, verhältnismäßige Covid Maßnahmen an der Universität Wien ein.
- Insbesondere setzt sich die ÖH an der Universität Wien aufgrund der zuvor genannten Fakten gegen eine generelle Maskenpflicht in den Räumlichkeiten der Universität Wien ein, insbesondere gegen eine Maskenpflicht in Bibliotheken und Präsenzlehrveranstaltungen. Stattdessen soll vorwiegend auf die Einhaltung eines Sicherheitsabstandes gesetzt werden.